

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Walter Kolbow, Dr. Andreas von Bülow, Gernot Erler, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Konrad Gilges, Dieter Heistermann, Erwin Horn, Gabriele Iwersen, Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Robert Leidinger, Dr. Dietmar Mattered, Gerhard Neumann (Gotha), Horst Niggemeier, Manfred Opel, Dr. Hermann Scheer, Brigitte Schulte (Hameln), Dr. Hartmut Soell, Heinz-Alfred Steiner, Uta Titze, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Rudi Walther (Zierenberg), Reinhard Weis (Stendal), Uta Zapf, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

zu der vereinbarten Debatte zum Bericht der Unabhängigen Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag nimmt Bericht und Empfehlungen der im Juli 1990 auf seine Forderung hin eingesetzten „Unabhängigen Kommission für die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr“ zur Kenntnis. Er dankt den Kommissionsmitgliedern aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen für ihr Engagement und die geleistete Arbeit. Angesichts der noch nicht abgeschlossenen fundamentalen Veränderungen in Europa war es nicht einfach, langfristige Entwicklungen abschätzen, bewerten und Folgerungen daraus ziehen zu müssen. Der Deutsche Bundestag begrüßt insbesondere, daß im Abschlußbericht auch abweichende Positionen deutlich und dokumentiert wurden.

Der Deutsche Bundestag teilt die sicherheitspolitische Lageeinschätzung des Berichtes, daß sich die Sicherheit in Europa grundlegend verbessert hat und die Bundesrepublik Deutschland „weniger denn je gefährdet“ ist. Auch die Feststellungen, daß die militärische Funktion der NATO neu zu definieren ist und daß als wichtiges Element europäischer Sicherheit die KSZE auszubauen ist, werden nachdrücklich unterstützt. Die gewachsene politische Verantwortung des vereinten Deutschland darf nicht zu weltweiten militärischen Einsätzen der Bundeswehr führen, sondern muß durch die Beteiligung an friedensichernden Aktionen der Vereinten Nationen umgesetzt werden.

Der Deutsche Bundestag rügt die Bundesregierung, weil sie es bisher versäumt hat,

- der auch vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages festgestellten Orientierungslosigkeit der Streitkräfte durch politische Vorgaben zu begegnen,
- sich um vordringliche soziale Investitionen für die Angehörigen der Bundeswehr statt um die Rüstungsplanung zu kümmern,
- einen Änderungsantrag zum Grundgesetz einzubringen, der den Einsatz von unbewaffneten Einheiten der Bundeswehr in friedensichernden Blauhelm-Aktionen der Vereinten Nationen sowie zur humanitären Hilfe ermöglicht.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, nun endlich

- initiativ zu werden mit dem Ziel, die KSZE zu einem kollektiven Sicherheitssystem weiterzuentwickeln,
- aus der veränderten Sicherheitslage Europas die notwendigen Schlüsse zu ziehen und die Aufgaben der Bundeswehr neu zu definieren,
- eine grundlegende Reform und einen Umbau der Bundeswehr einzuleiten,
- zu diesem Zweck eine Wehrstrukturkommission einzusetzen sowie
- den Vollzug der bisherigen Bundeswehrplanung auszusetzen, bis eine Neukonzeption für die zukünftigen deutschen Streitkräfte vorliegt.

Bonn, den 15. Januar 1992

Walter Kolbow

Dr. Andreas von Bülow

Gernot Erler

Katrin Fuchs (Verl)

Norbert Gansel

Konrad Gilges

Dieter Heistermann

Erwin Horn

Gabriele Iwersen

Horst Jungmann (Wittmoldt)

Susanne Kastner

Fritz Rudolf Körper

Robert Leidinger

Dr. Dietmar Mattered

Gerhard Neumann (Gotha)

Horst Niggemeier

Manfred Opel

Dr. Hermann Scheer

Brigitte Schulte (Hameln)

Dr. Hartmut Soell

Heinz-Alfred Steiner

Uta Titze

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Rudi Walther (Zierenberg)

Reinhard Weis (Stendal)

Uta Zapf

Dr. Peter Struck

Hans-Ulrich Klose und Fraktion